

17. October 1916.

WIENER GEMEINDERAT.

Sitzung vom 17. Oktober.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner

eröffnet die Sitzung und hält dem verstorbenen Stadtrat Wagner nachstehenden Nachruf:

Der Tod hat abermals eine Lücke in unsere Reihen gerissen. Gestern früh ist Gemeinderat Eduard Wagner nach längerer schwerer Krankheit gestorben. Der Verehrte gehörte seit dem Jahre 1906 dem Wiener Gemeinderate an, woselbst er bis zum Jahre 1912 den 2. Wahlkörper und seit diesem Zeitpunkte den 3. Wahlkörper des 2. Gemeindebezirkes vertrat. Im Jahre 1914 wurde Gemeinderat Wagner zum Mitgliede des Stadtrates gewählt. Er war ferner Mitglied des städtischen Lagerhaus-Ausschusses, der Kontroll-Kommission für das unbewegliche Vermögen im II. Bezirke, des Verwaltungsausschusses der städtischen Lebens- und Rentenversicherungsanstalt und des Zentralvereines zur Errichtung und Erhaltung von Knabenhorten in Wien, ferner Ersatzmann des Gemeinderats-Ausschusses für die städtischen Gaswerke und Delegierter für Gemeinde Wien im Technischen Museum für Industrie und Gewerbe. In allen diesen Funktionen hat der Dahingegangene verdienstlich gewirkt und an den umfangreichen Verwaltungsgeschäften der Gemeinde regen Anteil genommen. Wir betrauern in Gemeinderat Wagner einen dienstsüchtigen Mitarbeiter und einen treuen Kollegen, dessen Wirken stets ein ehrenvolles Andenken bewahren werden. Ich habe für Witwe des verstorbenen Kollegen das Beileid des Wiener Gemeinderates übermittelt und am Sarge des Toten einen Kranz niederlegen lassen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner macht folgende Mitteilungen: Gespendet haben:

Karl Königer & Sohn 5000 K für die Aktion Wiener Kinder aufs Land.

Die k.k. Hofreiskassa 400 K für das Kinderhospiz, Sulzbach-Konstriktionsamtsdirektor Wilhelm Schütz anlässlich der Verleihung des Bürgerrechtes der Stadt Wien 200 K für Kriegsfürsorgezwecke.

Ein Ungenannter anlässlich einer Ziviltrauung 200 K für die Armen Wiens.

Michael Hutterstrasser 100 K für die Armen Wiens.

Die am 2. Juli 1916 verstorbene Frau Anna Mandl hat 3000 K vermacht zur Errichtung einer Stiftung, aus deren Einnahmen zu Weihnachten Kleider und Spielzeug für arme Kinder angeschafft werden sollen.

Restaurateur Hans Hübner hat einen Betrag von 500 K als Reinertrag einer Veranstaltung im Kursalon für die Armen der

Stadt Wien übergeben.

Hans Kuhn hat 80 K als Reinertrag einer Veranstaltung der Kriegsgemüsegärtner zu Gunsten der Kriegsfürsorge der Gemeinde Wien zur Verfügung gestellt.

Die Möbelfabrik Julius und Josef Hermann hat der Bezirksverwaltung des 13. Bezirkes 50 K für die Bezirksarmen übermittelt.

Seine Majestät hat für die Aktion „Frühstück für unsere Schulkinder“ eine Spende von 10.000 K aus Allerhöchsten Privatmitteln bewilligt. Der Gemeinderat spricht für diese kaiserliche Spende den ehrfurchtvollsten Dank aus.

Die dankenswerte Anregung, unseren Schulkindern in den Schulen ihr Frühstück zu bieten, hat in der Bevölkerung lebhafteste Zustimmung gefunden. Die Erhebungen bezüglich dieser Aktion, für welche im Rathause bisher 185.276 K eingelaufen sind, sind in vollem Gange. Die Aktion bildet eine den gegenwärtigen Verhältnissen angepasste Ergänzung zu den bisher in dieser Angelegenheit bestehenden Vorsorgen. Ich kann nicht umhin, bei diesem Anlaß die Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen, daß eine Auspeisung schon vor Kriegsbeginn seit vielen Jahren eine der unentwegtesten Fürsorge-Tätigkeiten der Gemeinde Wien bildeten. Seit 28 Jahren besteht der Zentralverein zur Bekämpfung armer Schulkinder, dessen Zweck es ist, arme Kinder, welche der notwendigen Nahrung entbehren, mit derselben zu versorgen.

Ferner sei auch des Kuratoriums zur Speisung bedürftiger Kinder Erwähnung getan, das Ende 1914 täglich etwa 1500 Kinder verköstigte. Als die allgemeine Auspeisungsaktion der Gemeinde Wien einsetzte, hat auch das Kuratorium sich derselben angeschlossen und im Rahmen dieser Aktion seither eine umfassende Tätigkeit entwickelt.

Beide Vereine haben sich in den Rahmen eingefügt und jetzt stehen rund 60.000 Personen Tag für Tag in unentgeltlicher öffentlicher Auspeisung.

Um nun die von der Gemeinde Wien in so nachdrücklicher Weise geförderte Auspeisungstätigkeit noch zu erweitern und auszugestalten, hat Gemeinderat Oberkurator Steiner in der Sitzung des Gemeinderates vom 28. März d.J. einen auf die Durchführung einer großstädtischen Kinderfürsorge bezüglichen Antrag gestellt, in welchem er unter Punkt 4 die Einführung einer planmäßig organisierten Schulkinder-Auspeisung verlangt. Der Magistrat ist jetzt mit den erforderlichen Vorarbeiten beschäftigt, um den armen Schulkindern, abgesehen von der warmen Mittagkost, deren Bezug ihnen jetzt schon anlässlich der allgemeinen Auspeisungsaktion ermöglicht wurde, ein warmes Frühstück zu bie-

ten. Die bezüglichen Arbeiten werden in allerhöchster Zeit abgeschlossen werden, und ich hoffe, daß ich dem Gemeinderate in der nächsten Zeit eine diesbezügliche Vorlage werde unterbreiten können.

Ich nehme gerne bei dieser Gelegenheit Anlaß, dem Herrn Redakteur Klebinder für die von ihm warmfühlend gegebene Anregung den besten Dank mit der Erwartung auszusprechen, daß die Bevölkerung Wiens auch diese Aktion in bewährter und unentwegter Opferwilligkeit fördern wird.

(Lebhafte Zustimmung)

Anknüpfend an meine Ausführungen in der Gemeinderats-Sitzung vom 22. September 1-J. über die Mehl- und Kartoffelknappheit in Wien bespreche ich mich über den derzeitigen Stand dieser so wichtigen Approximationsfrage folgendes zu berichten: Nachdem die Zufuhren an Kartoffeln im Laufe des September derart geringe waren, dass sie nur nicht dem mit Rücksicht auf die ungünstigen Verhältnisse des Lebensmittelmarktes in Wien gesteigerten Bedürfnisse der Bevölkerung an Kartoffeln entsprachen, sondern zeitweilig derart herabsanken, dass eine Kartoffelnot eintrat, besserte sich in der letzten Septemberwoche der Zuschub um beträchtlich seit anfang Oktober täglich mehr als 1000 Bahnwagen. Der Gesamteinlauf bis einschliesslich 14. Oktober a.o. beziffert sich mit 1918 Bahnwagen; die Eigenernte der Gemeinde in der Lobau betrug 26 Waggons, auf den Feldern in Leopoldau zirka 70 Waggons. Von den obenerwähnten 1918 Bahnwagen wurden von der Kriegs-Getreide-Verkehrs-Anstalt ca. 1457 Waggons geliefert. Abgegeben an die Märkte, die städt. Betriebe, Konsumvereine, Lebensmittelmagazine, industrielle Betriebe und Anstalten wurden vom 25. September bis einschliesslich 14. Oktober 1325 Waggons, an die Genossenschaften der nicht protokollierten Handelsleute und Fragner 40 Waggons, mithin eine Gesamtabgabe von 1365 Bahnwagen. Wer jetzt die Wiener Märkte besucht, wird auch sehen, dass wirklich genügend Kartoffeln der Bevölkerung zur Verfügung stehen. Fast täglich kommen 400-000 kg. auf den Märkten zum Verkauf und ich glaube, dass die Bevölkerung beruhigt sein kann, dass dieses wichtige Nahrungsmittel in genügenden Quantitäten beschaffbar erscheint.

Bezüglich der Mehlversorgung kann ich leider auf ein so erfreuliches Besseres noch nicht hinweisen. Die Entwicklung der Angelegenheit nahm seit der letzten Gemeinderats-Sitzung folgenden Verlauf. Für die Woche vom 22. bis 28. September wurde von der Kriegs-Getreide-Verkehrs-Anstalt nur ein reduziertes Brätmehlkontingent und zwar 114 Waggons zur Verfügung gestellt, welches erst am letzten Zuweisungstage der Woche mit 26 Waggons kompletet wurde. Am Kochmehl wurden für die bezeichnete Woche vorerst 15 Waggons zugewiesen, dann erst Mitte der Woche ein Schleppl mit

40 Waggons. Da zu Beginn der Woche vom 29. September bis 5. Oktober für Bäcker nur 38 Waggons greifbar waren, musste für diese Woche eine Reduktion der Zuweisung an die Bäcker auf $\frac{1}{4}$ des früheren Bezuges erfolgen. ~~Die Zuweisungen der Kriegs-Getreide-Verkehrs-Anstalt in den folgenden Wochen unzulänglich und auf kleine Teilmengen zerplittert, daher geregelte Aufteilung und einheitliches Mehlverhältnis unmöglich.~~

Ich gebe der Erwartung Ausdruck, dass durch energische Verfügungen der Regierung die Drusohverhältnisse so gebessert und beschleunigt werden, dass wir in absehbarer Zeit mit den nötigen Mengen von Mehl versehen sind. Die Bevölkerung muss Nachsicht, Geduld und Opferwilligkeit aufbringen, um den Übergang von der alten zur neuen Ernte durchzuführen. Ich gebe der Erwartung Ausdruck, dass Regierungs- und Kriegsgetreideverkehrsanstalt alles aufbieten, damit die Versorgung der 2 Millionenbevölkerung Wiens mit Mehl und Brot demnächst sicher gestellt wird. (Beifall)

In letzter Zeit hat eine mächtige Bewegung in allen Bevölkerungskreisen eingesetzt, welche die Wiederherstellung verfassungsmässiger Zustände in unserem Vaterland erfordert. Die Notwendigkeit des parlamentarischen Lebens wird allseitig betont, und was uns Wiener Gemeinderäte selbst anbelangt, können wir mit Stolz darauf hinweisen, dass seit 22. Februar l. J. der Gemeinderat aktiviert ist, fortlaufend Sitzungen abhält und diese Sitzungen durch Würde und sachlichen Ernst der Beratungen sich stets auszeichnet haben. (Beifall) Wenn der Wiener Gemeinderat als Notwendigkeit im Interesse der Bevölkerung sich erwiesen hat, ~~xxxx~~ umso notwendiger erscheint mir die Wiedererweckung des parlamentarischen Lebens in Oesterreich, um den Zusammenhang zwischen Regierung und Volk wieder herzustellen. ~~xxxx~~ dass gewisse Verhältnisse, welche die Bevölkerung auf das Tiefste herabgedrückt haben, ~~xxxx~~ im Einvernehmen mit allen Parteien des Wiener Gemeinderates ~~xxxx~~ spreche ich daher namens desselben die bestimmte Erwartung aus, dass die Regierung alles aufbieten wird, um die Wiederaufnahme der parlamentarischen Tätigkeit zu ermöglichen. (Lebhafte allseitige Beifall)

DR. PHILIP verliest den Einlauf.

4

Nach einem Antrage des StR. Schmid werden 2500 K für die Umlegung eines Rohrstranges in der Rechten Wienzeile infolge Herstellung einer Stützmauer für den Neuen Naschmarkt bewilligt.

Vizebürgermeister Hierhammer übernimmt den Vorsitz-

StR. Schneider berichtet über die Fortsetzung der Arbeiten an der Aspernbrücke und beantragt hierfür den Betrag von 100.000 K zu bewilligen. (Ang.)

StR. Schneider berichtet über die Sicherstellung der Wasserversorgung der Weltausstellungsgebäude im Prater und beantragt die unentgeltliche Abgabe von Hochquellenwasser für die Wasserversorgung der Weltausstellungsgebäude im Prater für die Zeit vom 1. Jänner 1916 bis 31. Dezember 1925 von einertäglich abzugebenden Höchstmenge von 233 auf 250 Hektoliter herabzusetzen. (Ang.)

StR. Schneider berichtet über die Aufteilung der verschiedenen Kosten für den Umbau der Kaiser Franz Josefs-Brücke und beantragt: Die Gemeinde erklärt ihre Zustimmung, daß das beim Umbau der Kaiser Franz Josefs-Brücke sich ergebende Mehrerfordernis aus den nach dem 1. Jänner 1920 entfallenden eigenen Einnahmen des Donauregulierungsfondes gedeckt wird. (Ang.)

StR. Schwer beantragt der Benossenschaft der Bildhauer Wiens zur teilweisen Deckung der durch die Beteiligung an der Kriegsausstellung 1916 aufgelaufenen Kosten eine einmalige Subvention von 1000 K zu gewähren. (Ang.)

Nach einem Antrage des StR. Schwer wird dem Verein für Denkmalpflege und Heimatschutz in Niederösterreich eine Subvention von 5000 K für die Ausstellung „Kriegergrabmal und Kriegerdenkmal“ bewilligt.

StR. Tomola beantragt dem humanitären Geselligkeitsverein „Rudolfsbund“ eine Subvention von 100 K für Zwecke der Kinderbeteiligung zu gewähren. (Ang.)

StR. Tomola beantragt, den Ober-Kindergärtnerinnen und Kindergärtnerinnen 2. Kategorie (definitiven Kindergärtnerinnen) des Status B die Hälfte jener Dienstzeit, die sie vor dem 1. Jänner 1914 ununterbrochen im Dienste der Kindergärtenvereine zurückgelegt haben, bei der Bemessung der Dienstalterszulagen einzurechnen. (Ang.)

StR. Wippel beantragt die Vergrößerung des Spielplatzes im Kindergarten der Gemeinde Wien 10. Bezirk Lainäckergasse 18 mit den Kosten von 16.991 K. (Ang.)

StR. Zatzka berichtet über eine Baulinienabänderung für die Simmeringer Waggonfabrik im 11. Bezirk.

GR. Melcher begrüßt es, dass mit dem Principe der Einengung bei Anordnung von Fabrikeanlagen gebrochen wurde und stellt bezüglich gleichzeitiger Uebergabe einzelner BauPlocke einen Abänderungsantrag. Der Antrag des Stadtrates wird mit diesem Abänderungsantrage, welchem der Referent zustimmt, angenommen.

StR. Zatzka beantragt die Ermäßigung des Koks- und Gaspreises für pensionierte Beamte des städtischen Gaswerkes sowie für Witwen nach Gaswerksbeamten und Dienern. (Ang.)

StR. Zatzka beantragt die Genehmigung der Kopten für die restliche Anschüttung auf dem neuen Kontumazmarkt im 11. Bezirk mit dem Erfordernisse von 30.000 K. (Ang.)

StR. Zatzka berichtet über die Baulinienbestimmung für die Umgebung des neuen Kontumazmarktes und Seuchenhofes im 11. Bezirk. (Ang.)

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Gemeinderat Schlichter stellt den Antrag
in der Neuenbachgasse an der Kadstelle der Linie 57 ein
Wartehäuschen zu errichten.

Die Anträge werden der geschäftsordnungsmäßigen Behand-
lung zugewiesen.

Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung ge-
schritten.

Nach einem Antrage des Vizebürgermeisters Hierhammer
wird der gewerblichen Hilfsstelle des deutschösterreichischen
Gewerbebundes für das Jahr 1916 eine Subvention von 1200 K
bewilligt.

VB. Hög beantragt: Die Gemeinde Wien spendet für die
Opfer der durch den Bruch der Talsperre der Weißen Dessau
in Nordböhmen verursachten Überschwemmung einen Betrag von
5000 K. Dieser Betrag ist dem Statthalter von Böhmen, Grafen
Couvenhove zur Verfügung zu stellen. (Ang.)

VB. Hög beantragt: Den zu den Militärgehilfen gehö-
renden Gemeindeangestellten, auf welche die im Anhang II
zur Dienstpragmatik für die Gemeindebeamten und Diener
der Stadt Wien enthaltene Vorschrift über die Personal-
und Dienstverhältnisse der der bewaffneten Macht angehöri-
gen städtischen Bediensteten Anwendung findet,
gebührt, wenn sie für eine Gattin oder ein eheliches Kind
zu sorgen haben, während ihrer Militärdienstleistung in
dem gegenwärtigen Kriege an Stelle des ihnen nach den bis-
herigen Bestimmungen belassenen Drittels des Gehaltes
(Taggeldes usw.) in Zukunft die Hälfte des Gehaltes
(Taggeldes usw.) Diese Bestimmung ist vom 1. September
1916 an rechtswirksam.

G.R. Skarab
Ich habe gegen den vorliegenden Antrag gewisse Einwände
den, ich möchte aber die Gelegenheit abwarten, um hier
in Gemeinderat die Frage zu besprechen, ob es nicht doch möglich
wäre, eine einheitlichere Versorgung auch jener Beamten herbei-
zuführen, die den städtischen Erwerbsunternehmungen angehören
Es wird von ihnen als schweres Unrecht empfunden, dass die
bei ihrem Einrückung meist dem Mannschaftsstande angehören mit
dem halben Monatsbezug für ihre Familien das Drauskommen finden
sollen. Ich habe mir da eine kleine Aufstellung gemacht. Nach
dieser haben wir z.B. bei der Straussenbahn unter den verheir-
teten Beamten einen mit einem Monatsbezug von 150 Kronen, 5
mit 133.33 Kronen, 2 mit 108.33 K., 8 mit 100 K., 7 mit 79.16 K.
und 5 mit 70 Kronen. Wenn ich also jetzt zu diesem halben
Monatsbezug noch den Unterhaltsbeitrag bei einer Familie
mit Kindern mit 39 bis 40 Kronen dazu rechne, kommt diese Fami-
lie im Monatsverdienst auf 100 bis 150 Kronen. Dass es bei
den derzeitigen Verhältnissen ganz unmöglich ist, damit auszukom-

men, wird wohl jeder einsehen. Ich will mich hier jedes Antrages
enthalten, ich habe ja einen ähnlichen schon einmal gestellt,
sondern würde nur den Referenten bitten, diese Frage vielleicht
doch noch ins Auge zu fassen. So ewig lange kann ja der Krieg
nicht mehr dauern und wenn wir auf das Konto der Kriegskosten
noch 100.000 Kronen setzen, wird das der Gemeinderat nicht zu
beraun haben.

G.R. Reumann: Ich möchte nur einen Punkt erwähnen. Es heisst
nämlich im Antrage „Gattin oder eheliches Kind“, während doch
vor nicht gar langer Zeit hier in Saale und zwar unter anderem
auch von G.R. Hinkalawek Bielohlawek erfreulicherweise gesagt
worden ist, dass man endlich den Unterschied zwischen ehelichen
und unehelichen Kindern aufheben sollte. Vielleicht könnte man
diese Bestimmung hier ganz einfach fallen lassen und sagen, dass
er die Unterstützung bekommt, wenn er für ein Kind überhaupt zu
sorgen hat.

Vize-Bgm. Hoss: Die Bestimmungen über den Fortbezug der Gehäl-
ter sind zu einer Zeit getroffen worden, wo man keine Ahnung hatte,
dass ein Krieg und besonders ein solcher Weltkrieg ausbrechen
könnte. Das ist auch der Grund, warum ich heute diese Anträge
stelle. Was den 2. Teil betrifft, dass alle ~~xxxx~~ ohne Unter-
schied die ganzen Bezüge bekommen sollen, wäre es doch gefährlich
die Frage so ohne weiteres zu lösen, denn es würde sich nicht um
100.000 handeln, sondern die Kosten würden in die Millionen
gehen. Was die unehelichen Kinder betrifft, glaube ich nicht,
dass es so ohne weiteres geht, Bestimmungen, die in der Dienst-
pragmatik festgelegt sind, so ohne weiteres aufzuheben, ich
möchte aber betonen, dass in dieser Frage von Seite der Gemeinde
jeweils das weiteste Entgegenkommen bewiesen wird.
Die Referenten-Anträge werden hierauf genehmigt.

VB. Hög beantragt die Bewilligung eines zweiten
Zuschkreditess von 50.000 K anlässlich der Aufnahme von
Ersatzkräften für einberufene Amtsdienner. (Ang.)

VB. Hög berichtet über die Erneuerung von sängerück-
ten Aspiranten und Diurnisten zu Praktikanten vor Beendi-
gung des Militärdienstes und beantragt: Der Bürgermeister
wird ermächtigt, Aspiranten und Diurnisten, die an der
Versehung ihres Dienstes während des gegenwärtigen Krieges
durch militärische Dienstleistung verhindert wurden, schon
vor Beendigung des Militärdienstes gegen nachträgliche
Beerdigung, Kanzlei-Diurnisten auch unter Umgehung von
der Praktikantenprüfung, mit jenem Range zu Praktikanten
zu ernennen, den sie erhalten hätten, wenn sie nicht zur
Militärdienstleistung einberufen worden wären. (Ang.)

Vizebürgermeister Hög beantragt, der Gemeinnützigen
Wohnungsfürsorge-Kredit-Anstalt einen Geschäftsanteil mit 500 K

und eine Subvention von 1500 K zu bewilligen. (Ang.)

VB. Hög beantragt den Betrieb der zu errichtenden Sommer-
Erholungsstätten dem Vereine Kinderschutzstationen gegen Wilt-
ruf zu übertragen und hierfür einen Betrag von 48.000 K zu bewil-
ligen. (Ang.)

VB. Hög beantragt die Erhöhung des Aufnahmalters für
die provisorischen Kriegshausdiener auf 60 Jahre. (Ang.)

VB. Rain beantragt die Übernahme des Leichenträgerdieu-
stes im Wiener Zentralfriedhofe durch das Personale der städt.
Leichenbestattung. (Ang.)

VB. Rain legt die Abrechnung über die ersten drei
Geschäftsjahre der Abfindungsgesellschaft für die Gemeinde-
Bieraufgabe im 21. Bezirk vor und beantragt: Durch die Ein-
zahlung eines Betrages von 733.688 K an die Gemeinde-Bierauf-
gabe von seitens der Abfindungsgesellschaft für die
Gemeinde-Bieraufgabe in dem außerhalb des geschlossenen
Verkehrsgebietes gelegenen Gemeindegebiete von
Wien, werden die sich aus dem dreijährigen Abfindungs-
Uebereinkommen (1. Juli 1913 bis 30. Juni 1916) ergebenden
Verpflichtungen für die obige Gesellschaft als erfüllt
angesehen. (Ang.)

StR. Braun beantragt in Abänderung des Beschlusses,
betreffend die Erwerbung von Grundstücken der Magdalena Dirl
in Simmering den Einheitspreis für die E.Z. 1028 in Simme-
ring mit K 16,67 per Quadratmeter festzusetzen. (Ang.)

StR. Dr. Haas beantragt den Ankauf von Liegenschaften im
3. Bezirk nächst dem städtischen Schweineschlachthaus um 9 K
per Quadratmeter für den Wiener Bürgerspitalfonds.

G.R. Schlichter: bemängelt, dass in dem vorliegenden Referat das
Grundausmass fehle.

Nachdem der Referent die erforderlichen Aufklärungen gegeben,
wird der Antrag genehmigt.

StR. Dr. Haas berichtet über die Belegung des städti-
schen Epidemiespitals in der Triester Straße mit geschlechts-
kranken Frauen.

G.R. Dr. Boswenstein: Ich begrüße es auf das Freudigste,
dass die Gemeinde Wien im Epidemiespital 250 Betten aufge-
stellt hat, um geschlechtskranke Frauen aufzunehmen. Die Ge-
schlechtskrankheitsbekämpfung ist in Oesterreich und in Wien
eine der traurigsten Angelegenheiten. Diese grösste Zahl
der Heilungen konnte nicht in einer Weise durchgeführt werden,
wie es erforderlich wäre infolge des Mangels an Spitätern.
Schon zu Friedenszeiten war es eine grosse Gefahr und umso mehr
jetzt im Kriegs-, dass ausser den Prostituierten auch eine
grosse Zahl sogenannter Unkontrollierter Frauen mit Geschlechts-

krankheiten behaftet infolge Mangels an Betten nicht behandelt
werden konnten. Nach dem Kriege wird es noch schlechter
werden, nachdem die Zahl der Erkrankungen noch zugenommen hat,
aber auch die Zahl der jugendlichen Geschlechtskranken ist in
der Kriegszeit bedeutend gestiegen. Eine Besserung ist nur auf
gesetzsmässigen Wege herbeizuführen. Ich möchte an den Gemein-
rat die Bitte stellen, es wäre an die Regierung das Ersuchen
zu richten, dass in dieser Angelegenheit so rasch als möglich
die zweckdienlichen Massregeln getroffen werden, damit in
verständnissvoller und zielbewusster Weise und in kürzester
Zeit vorbeugende Massnahmen ergriffen werden.

StR. Dr. Haas (zum Schlusswort): bemerkt, dass
die Gemeinde Wien in ihrem Wirkungskreis alles tun, um vorbeu-
gend gute Ergebnisse zu erzielen. So z.B. werden Säuglinge
genauestens auf ihren Gesundheitszustand untersucht, bevor
sie der fremden Mutter zum Stillen übergeben werden und ebenso
wird eine genaue ärztliche Untersuchung der Mutter vorge-
nommen, welche Kinder zum Stillen zugewiesen werden.
Bei der Abstimmung wird der Referenten Antrag einstimmig geneh-
migt.

StR. Knoll beantragt die Auflassung der an der südlichen
Begrenzung des Besitzes der I. Wiener Export-Melzfabrik im
21. Bezirk gelegenen neuen Straße und eine Neubestimmung der
Baulinien unter Festlegung einer Straassenbreite von 20 m. (Ang.)

StR. Schmid beantragt für die bei den Beleuchtungsan-
lagen des neuen Naschmarktes erforderlichen Mehrauslagen,
die durch die Verwendung von Ersatzmaterial an Stelle von
Kupfer notwendig werden, einen Betrag von 6000 K zu geneh-
migen. (Ang.)

StR. Schmid beantragt die für den Pfeileraufbruch
und die Steinverführung beider Räume des alten Naschmark-
tes genehmigte Kostensumme mit Rücksicht auf die dem Unter-
nehmer bewilligte Aufzahlung auf 27.532 K zu erhöhen. (Ang.)

Das von StR. Heinrich Schmid vorgelegte Projekt für
die Einmauerung zweier Hochleistungskessel und Erbauung ei-
nes 65 cm hohen Schornsteines in der Zentrale Engerthstrasse
der städt. Elektrizitätswerke wird mit den Kosten von
183.490 K und einer Pauschale von 6700 K genehmigt und die
Baubewilligung erteilt.

StR. Schmid beantragt die Erhöhung der Verwendungszu-
lagen für die beim Dampfesselbetrieb in Verwendung stehenden
den Arbeiter der städt. Elektrizitätswerke um 30 h pro
Schicht. (Ang.)

StR. Schmid beantragt die Herstellung eines
Asphaltbelages in den Ständen des Kleinmarktes am neuen
Naschmarkt an Stelle des vorgesehenen Zement-Estriches.
Das Mehserfordernis beträgt 17.700 K. (Ang.)

GR. Herold weist in einer Anfrage darauf hin, das er bereits vor geraumer Zeit an das Gemeinderatspräsidium eine Eingabe gerichtet habe, in welcher er auf Hafergrütze oder Hafererschleim als Ersatz für den Morgenkaffee hingewiesen habe. Er wünscht, daß der Hafergrütze in unserer Volksernährung ein breiterer Raum eingeräumt wird, umso mehr, als die Haferernte sehr gut war und der Nährwert des Hafers von fachmännischer Seite erwiesen ist. Er fragt, ob der Bürgermeister geneigt wäre, seine Anregung maßgebenden Ortes zur Geltung zu bringen.

BGM. Dr. Weiskirchner: bemerkt unter Anderem

Die Vermahlung der Haferfrucht beschäftigt die Gemeindeverwaltung und die Erste Wiener Walzmühle Vonwiller & Co., A.G. in den letzten Wochen in intensiver Weise. Ueber Auftrag der Kriegs- u. Getreide-Verkehrs-Anstalt werden bereits in einzelnen Mühlen Probevermalungen vorgenommen, endgiltige Resultate liegen jedoch bis jetzt nicht vor. In Oesterreich besteht derzeit nur eine einzige Firma, welche mit den erforderlichen Maschinen allerdings nur für einen relativ kleinen Betrieb eingerichtet ist. Gegenwärtig werden Versuche mit der Dörrung (Trocknung) des vermahlenden Hafers gemacht. Die Schwierigkeiten liegen derzeit in erster Linie in der Aufbringung der Hafermenge für Vermahlungszwecke. Die vom Gemeinderate Herold angeregte Erzeugung von Hafergrütze ist, sobald Hafer zur Vermahlung gebracht werden könnte, jedenfalls durchführbar.

Der Interpellant wird entnehmen, dass sich die Gemeinde aufmerksamer mit dieser Sache befasst und, sobald Resultate vorliegen, werde ich nicht ermangeln, dem Gemeinderate hiervon Kenntnis zu geben.

GR. Müller stellt folgende Anfrage: Seit mehr als 3 Monaten wird die Fettversorgung immer schwieriger. Es werden zwar Fettkarten ausgegeben, aber nur in den seltensten Fällen ist Fett wirklich zu bekommen und dann nur durch stundenlanges, der Gesundheit schädliches Anstellen. Diese Zustände sind auf die Dauer unhaltbar. Was ist der Grund hiervon? Durch die Festsetzung von Höchstpreisen kommen seit langer Zeit keine Schweine mehr auf den Wiener Markt. Die Fleischselcher sind deshalb gezwungen, mit höheren Preisen als die festgesetzten außer Markt zu kaufen. Die ungarischen Händler haben auch noch den Vorteil, daß sie ihre Waren ab Ungarn teurer verkaufen und außerdem kein Risiko für die Schweine übernehmen. Heute kostet dem Selcher das Kilo Schweinefleisch durchschnittlich bereits K 10,-; die Preise werden noch immer teurer. Wie soll es dann möglich sein, daß die Fleischselcher um den Höchstpreis verkaufen können? Höchstpreise sind gut und vorteilhaft, wenn man die Ware hat und über sie verfügen kann. Es wird gefragt: Hat der Bürgermeister auf seine mehrmaligen Vorstellungen bei

der Regierung eine Antwort erhalten und ist eine baldige Besserung zu erwarten? Ist der Bürgermeister geneigt, neuerlich bei der Regierung über die unhaltbaren Zustände bei der Versorgung mit Fett vorstellig zu werden?

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich habe in den letzten Wochen mündlich und schriftlich auf die unhaltbaren Zustände auf dem Fettmarkt aufmerksam gemacht. Dessen ungeachtet habe ich nicht verabsäumt, die Aufmerksamkeit ~~der~~ neuerlich darauf zu lenken, obwohl ~~die~~ Regierung diese Zustände selbst bekannt sind. Es finden in den nächsten Tagen mit der kgl. ung. Regierung wichtige Beratungen statt, diese wichtige Frage zu ordnen.

Gemeinderat Dr. Hein stellt ~~folgende~~ Namens des Verbandes der bürgerlich freirechtlichen Gemeinderäte nachstehende Anfrage: Da die Einberufung des Parlamentes ebenso wie den Wünschen und Interessen der gesamten Bevölkerung entsprechen würde, stelle ich die Anfrage: Ist der Bürgermeister geneigt, dem Wiener Gemeinderate in der nächsten Sitzung eine Petition an die Regierung um Wiederaufnahme der parlamentarischen Tätigkeit zur Beschlussfassung zu unterbreiten?

Bgm. Dr. Weiskirchner: Die Beantwortung liegt in der Erklärung, welche ich zu Beginn der Sitzung abgegeben habe und mit welcher GR. Dr. Hein ja einverstanden war.

GR. WIPPEL: verweist in einer Anfrage auf das Verbot der Gräberbeleuchtung zu Allerseelen, welches erst am 13. Oktober erlassen wurde und führt aus: Die für die beiden Tage hergestellten Grabkerzen Allerseelenlichter u. s. w. gehen in die Million an. Es ist selbstverständlich, dass dieser Massenartikel um zu Allerheiligen zum Verkauf zu gelangen bereits im August und September erzeugt werden muss. Ende September bis Mitte Oktober müssen sich die Verkäufer dieser Artikel bereits in ihrem Bedarfe gedeckt haben. Der Fabrikant ist die Ware allerdings bereits los, aber tausende von Gemischtwarenverschleissern, Seifen- und Kerzen-Niederlagen und ähnliche Geschäfte haben sich bereits damit versorgt. Da heuer diese Ware sehr teuer zu stehen kam, so haben die Gewerbetreibenden grosse Summen von Geld darauf verwendet, dürfen aber nach der Verordnung, die erst am 13. Oktober erschienen ist, die Ware nicht mehr verkaufen, wodurch ihnen ein ungeheurer Schaden erwächst. Da den Israeliten auch heuer das Brennen der Kerzen durch den ganzen Versöhnungstag gestattet war, wäre es doch vielleicht möglich, dasselbe den Christen am Festtage „Allerheiligen“, wenn schon für Allerseelen das Verbot aufrecht bliebe, zu gewähren. Eine reichliche Beleuchtung der Gräber möge verboten werden, wohl aber soll es gestattet sein, unseren alten christlichen Brauch

an diesem dem Andenken unserer teuren Verstorbenen gewidmeten Tage zu betätigen. Ich stelle daher die Anfrage, ob der Herr Bürgermeister geneigt sei, beim Herrn Statthalter dahin zu wirken, dass am Feiertage „Allerheiligen“, auf den Gräbern je 1 Licht brennen dürfe.

BGM. Dr. Weiskirchner: Ich werde diese Interpellation Sr. Exzellenz dem Herrn Statthalter vorlegen, ich muss aber gestehen, dass ich nicht der Meinung des Herrn Anfragers bin, dass die Geschäftleute Schaden erleiden, weil beim bestehenden Kerzenmangel und bei den Kerzenpreisen, die Kerzen, wenn auch nicht auf den Gräbern, so doch Verwendung finden werden. Wenn wir die ganze Situation auf dem Fettmarkt überblicken, können wir nur sagen, dass die Verfügung des Statthalters eine gerechtfertigte ist, und es wird die Pflicht auf Friedenszeiten hinausgehoben werden müssen.

GR. SKARÉ und Genossen stellen folgende Anfrage: Der Gemeinderat hat vor seinem Urlaub den Beschluss gefasst bei Wiederaufnahme seiner Tätigkeit sofort in die Beratung über die neue Bauordnung einzutreten. Diesem Beschlusse ist bis heute nicht Rechnung getragen worden. Wir fragen den Herrn Bürgermeister: Welche Ursache liegt der neuerlichen Verzögerung der Beratung der Bauordnung zu Grunde? Will der Herr Bürgermeister endlich die neue Bauordnung der ~~neuen~~ Beratung im Gemeinderate zuführen?

BGM. Dr. Weiskirchner: Das Ministerium für öffentliche Arbeiten im Vereine mit den vereinigten Ressort Ministerien hat sich mit dem vorgelegten Entwurfe der Bauordnung befasst und mir mitgeteilt, dass ich in kurzer Zeit die Stellungnahme der Regierung erhalten. Ich bin der Meinung, dass ich die kurze Zeit abwarten, und mit der Vorlage gleichzeitig die Stellungnahme der Regierung unterbreite.

GR. Hohensinner stellt folgende Anfrage: Am schwersten leiden unter den wirtschaftlichen Folgen des Krieges die Festbesoldeten. Darüber ist kein Wort mehr zu verlieren. Es wurden deshalb auch die Bezüge der aktiven und teilweise auch der pensionierten Fixangestellten etwas erhöht. Ganz unberücksichtigt blieben jedoch die Pensionisten unserer Sicherheitswache. Nachdem die Stadt Wien einen namhaften Beitrag zum Gesamterfordernis der k.k. Sicherheitswache leistet, kann ihr deren Los nicht gleichgültig sein, sie muß sich vielmehr verpflichtet fühlen, in dankbarer Würdigung ihrer dem Gemeinwesen geleisteten Dienste, deren Wünsche an maßgebender Stelle zu vertreten. Zu diesen Wünschen gehört auch der, daß die aktiven Wachleute nach einer bestimmten Anzahl von im Straßendienste zugebrachten

Jahren, automatisch in die Reserve und in den internen Dienst eingereiht werden. Es wird gefragt: Ist der Bürgermeister geneigt, an zuständiger Stelle dafür einzutreten, daß die Pensionisten der k.k. Sicherheitswache eine Zulage erhalten? Ist der Bürgermeister ferner geneigt, an dieser Stelle seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß die aktiven Wachleute nach einer bestimmten Anzahl im Straßendienste zugebrachter Jahre automatisch in die Reserve und in den internen Dienst eingereiht werden?

BGM. Dr. Weiskirchner: Diese Interpellation gehört offenbar nicht in die Kompetenz des Gemeinderates, ich werde aber, um gegenüber dem Herrn Anfrager ein Entgegenkommen zu betätigen, diese Interpellation dem Herrn Polizeipräsidenten zur Kenntnisnahme übermitteln.

Die sozialdemokratischen Gemeinderäte richten an den Bürgermeister folgende Anfragen:

1. Ob er geneigt ist, den Leidensweg zu kürzen, den bedürftige Eltern antreten müssen, um ein Paar Schuhe für die Kinder zu bekommen.
2. Will er veranlassen, daß eine einfache Mitteilung der Lehrperson, ein Kind habe schlechte Schuhe, genügt, um eine rasche kurze Erhebung zu veranlassen, damit die Schuhe so schnell als möglich verabfolgt werden?
3. Will der Bürgermeister Auftrag geben, daß die im Kriegsjahre verabfolgten Schuhe nicht als Armenunterstützung in dem Armeninstitutskassenkaster vermerkt werden?
4. Will der Bürgermeister veranlassen, daß bei Eintritt des Frostes nicht nur Schuhe, sondern auch warme Kleider an Kinder Bedürftiger - deren Zahl infolge der Begleitumstände des Krieges höher sein dürfte als jemals vorher - zur Verteilung gebracht werden?
5. Will er verhindern, daß ein Kind tagelang den Unterricht versäumen oder die Ausspelsung meiden und hungern muß, bis es ein Paar Schuhe bekommt?

Bgm. Dr. Weiskirchner: Ich werde diese Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten.

Die Gemeinderäte Zimmermann und Genossen stellen folgenden Antrag: Der Gemeinderat möge beschließen, daß den Lehrern, welche um Aberkennung der Begünstigung des § 32 Wehrgesetz 1889 bzw. § 63 Wehrgesetz 1912 und um Zuerkennung der Begünstigung des § 21 Absatz 2, Wehrgesetz 1912 bittlich werden, sämtliche Bezüge ausbezahlt und die militärische Dienstzeit in die Pension eingerechnet werden möge.